

Niederschrift

über die 19. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Schortens

Sitzungstag: Mittwoch, 24.06.2009
Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 20:20 Uhr

Anwesend sind:

Ratsvorsitzender: Gerhard Ratzel

Ratsmitglieder Heide Bastrop, Anne Bödecker, Udo Borkenstein, Manfred Buß, Peter Eggerichs, Thomas Eggers, Dr. Almut Eickelberg, Michael Fischer, Horst-Dieter Freygang, Peter Gamperl, Karl-Heinz Groenhagen, Axel Homfeldt, Bernhard Jongebloed, Janto Just, Helena Kathmann, Dieter Köhn, Claudia-Andrea König, Thomas Labeschautzki, Jörg Limberg, Joachim Müller, Wolfgang Ottens, Gerhard Ratzel, Susanne Riemer, Mike Schauderna, Manfred Schmitz, Utta Schüder, Elfriede Schwitters, Wilfried Sutorius, Ralf Thiesing, Peter Torkler, Henrik Ufken, Doris Wolken

Von der Verwaltung nehmen teil: StD Anja Müller
StOAR Strach
VA Holger Rabenstein
VA Winfried Schulte
VA Heide Schröder-Ward
StAR Elke Idel
VA Ingrid Eggers

Es fehlen entschuldigt: RM Heinz Knepfelkamp, RM Ingrid Schneider

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
RV Ratzel eröffnet die Sitzung.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
RV Ratzel stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil
RV Ratzel stellt die Tagesordnung fest.
4. Genehmigung der Niederschrift vom 29. 04. 2009 - öffentlicher Teil
Die Niederschrift wird genehmigt.
5. Einwohnerfragestunde
- 5.1. Herr Steudte stellt nachfolgende Fragen zu den Beratungen hinsichtlich der Neufassung des Flächennutzungsplanes der Stadt Schortens:
 - 1 a) Herr Steudte weist darauf hin, dass er in der Planungsausschusssitzung am 13. Mai 2009 nach dem Ziel und Zweck des Erwerbs von bebauten und unbebauten Grundstücken in der Flur 18 (Parkanlage Branterei) durch die Stadt Schortens gefragt und um Zusendung einer schriftlichen Antwort gebeten hat, da eine Beantwortung in der Sitzung nicht möglich war.
 - 1 b) In der Sitzung des Planungsausschusses am 28. Mai 2009 hat er an die noch ausstehende Antwort erinnert. Da ihm bis heute keine Nachricht vorliegt, fragt er nach, wann er diese schriftliche Antwort bekommt.
 - 2 a) Herr Steudte teilt mit, dass in der Sitzung des Planungsausschusses am 21. Februar 2008 unter TOP 7 die Vorstellung des Planungsstandes der „Neufassung des Flächennutzungsplanes“ beraten wurde. Die Presse hat hierüber sehr ausführlich mit Wort und Bild berichtet. Er fragt nach, warum die Neufestsetzungen für eine ca. 85 ha große Fläche (bisherige Festsetzung: Parkfläche) erst im folgenden „nicht öffentlichen Teil der Sitzung“ beraten wurde.
 - 2 b) Weiter fragt er nach, warum in den folgenden Planungsausschuss- und Ratssitzungen sowie bei der Ausschussbereisung am 11. Februar 2009 die Öffentlichkeit zu o. a. Sachverhalt nicht herge-stellt wurde.
 - 3 a) Herr Steudte fragt nach, wann bei der Änderung einer land- oder forstwirtschaftlichen Festsetzung im Flächennutzungsplan in ein Wohn- oder Gewerbegebiet und der Aufstellung eines Bebauungsplanes die Festlegung der Ausgleichsmaßnahmen erforderlich wird. Er fragt nach, ob das schon bei solchen gravierenden Änderungen im Flächennutzungsplan ist oder erst dann, wenn der Bebauungsplan erstellt wird.
 - 3 b) Des Weiteren bittet Herr Steudte um Mitteilung, wie groß die Ausgleichsfläche für ein 10 ha großes Gewerbegebiet oder ein 5 ha großes Wohngebiet sein muss.

BM Böhling verweist zum Themenkomplex 1 auf einen entsprechenden Antrag, den Herr Steudte in dieser Angelegenheit gemeinsam mit den Anliegern aus dem Gebiet eingereicht hatte. Hierzu hat er Herrn Steudte telefonisch darüber informiert, dass dieser Themenkomplex in einer Sitzung des Verwaltungsausschusses beraten und entschieden und ihm anschließend eine Antwort zugehen wird. Zur ersten Frage von Herrn Steudte antwortet BM Böhling, dass er ihm die Antwort hierzu gleichzeitig mit dem Beratungsergebnis des Verwaltungsausschusses zu diesem Themenkomplex mitteilen wollte. Da diese Angelegenheit jedoch erst in der gestrigen Sitzung des Verwaltungsausschusses beraten wurde, ist ihm bisher keine schriftliche Antwort zugeschickt worden.

Zur zweiten Frage hinsichtlich der Beteiligung der Öffentlichkeit an den Beratungen führt BM Böhling aus, dass sich die Beratungen für die Neufassung des Flächennutzungsplanes immer noch in der Findungsphase befinden. Er verweist auf die Bestimmungen des Baugesetzbuches, wonach die Öffentlichkeit über die Neufassung des Flächennutzungsplanes in der Regel erstmals ab dem Verfahrensschritt „Öffentliche Auslegung“ informiert wird. Gleichwohl wurde über die Neufassung des Flächennutzungsplanes bereits öffentlich beraten.

Zur Frage hinsichtlich der Ausweisung von Ausgleichsflächen teilt BM Böhling mit, dass hierfür gesetzliche Bestimmungen bestehen, die selbstverständlich eingehalten werden. Er wird diese Frage an den Fachbereich Bauen weiterleiten und prüfen lassen.

Abschließend sagt BM Böhling Herrn Steudte eine schriftliche Beantwortung seiner Fragen in der kommenden Woche zu.

Im Anschluss stellt Herr Steudte anhand eines Planes, der in der öffentlichen Sitzung des Planungsausschusses im Februar 2008 vorgelegt wurde, Parkflächen dar, die rot und grün gekennzeichnet sind. Er weist darauf hin, dass die grün dargestellten Flächen in der anschließenden nichtöffentlichen Beratung in die Planung zur Neufassung des Flächennutzungsplanes als Gewerbe- und Wohnbauflächen aufgenommen wurden. Er fragt nach, warum dieses erst jetzt öffentlich gemacht wurde, nachdem seitens der Anlieger Druck ausgeübt wurde.

BM Böhling verweist noch einmal darauf, dass die vorbereitenden Planungen zur Neufassung von Flächennutzungsplänen üblicherweise in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden. Ein weiterer Grund dafür, dass solche Themenkomplexe in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden, besteht darin, dass zu Beginn der Beratungen zur Aufstellung einer solchen Planung noch kein grundsätzliches Meinungsbild besteht und es verhindert werden soll, dass – wie die Erfahrung es gezeigt hat – Grundstückspreise in möglichen Planungsbereichen unverhältnismäßig ansteigen. Unter einer solchen Entwicklung würde die Allgemeinheit leiden.

- 5.2. Herr Retsch weist auf die Verordnung der Stadt Schortens über das Mitführen von Hunden in der Öffentlichkeit hin, die in der Sitzung des Rates am 29.04.2009 dahingehend geändert wurde, dass Hunde in der Parkanlage Hohe Gast nicht mehr unangeleint mitgeführt werden dürfen.

Herr Retsch als unmittelbarer Anlieger hat den Eindruck, dass dort jetzt noch mehr Hunde anzutreffen sind als zuvor, was seines Erachtens auch zu einer Gefährdung von Kindern führt. Ihm erscheint eine solche Verordnung nur als sinnvoll, wenn auch entsprechende Kontrollen stattfinden. Er fragt daher nach, ob dort schon eine Kontrolle stattgefunden hat und wenn ja, welches Ergebnis diese hatte.

Ergänzend führt er aus, dass der § 10 dieser Verordnung Ordnungswidrigkeiten vorsieht. In diesen Ordnungswidrigkeiten vermisst er die Maßnahme, die ausgesprochen wird, wenn ein Hundehalter seinen Hund frei in der Hohen Gast laufen lässt. Er fragt nach, ob es angedacht ist, hierfür eine Ordnungswidrigkeit zu verankern.

Des Weiteren teilt er mit, dass im § 10 dieser Verordnung eine Geldbuße von 20.000,00 DM aufgeführt ist. Er fragt nach, welche Ordnungswidrigkeit damit gemeint ist.

BM Böhling antwortet, dass Kontrollen im Rahmen der personellen Möglichkeiten erfolgt sind. Er vertritt die Auffassung, und das deckt sich auch damit, dass bisher keine Bußgelder verhängt worden sind, dass die Bürger/-innen zunächst auf die Anleinplicht für Hunde hingewiesen werden sollten, bevor ein Bußgeld verhängt wird.

- 5.3. Herr Kurt Schmidt teilt mit, dass eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern anwesend ist, die viele Unterschriften gegen die Anleinplicht von Hunden gesammelt hat und gern eine Antwort darauf hätte, warum es so sein muss, dass die Hunde jetzt angeleint sein sollen, da man dieses jahrelang stillschweigend geduldet hat.

Die Gruppe möchte die Unterschriften in den nächsten Tagen in der Verwaltung einreichen und gleichzeitig ein Gespräch führen, um eine vernünftige Lösung für dieses Thema zu finden.

BM Böhling antwortet, dass es sich bei der Verordnung um einen Ratsbeschluss handelt, der von der Verwaltung auszuführen ist. Ergänzend weist er darauf hin, dass diesem Beschluss eine große Anzahl von Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern zugrunde liegt, die keinen Hund halten. In diesem Zusammenhang weist er auf eine Fläche im Bereich Huntsteert hin, auf der Hunde frei laufen dürfen. Hieran soll sich auch zukünftig nichts ändern. Die beschlossene Verordnung gilt für den Bereich Hohe Gast.

Abschließend erklärt BM Böhling, dass die Verwaltung für ein Gespräch selbstverständlich gern zur Verfügung steht.

- 5.4. Herr Retsch stellt eine Anfrage zum Jahresbericht 2009 des Landesrechnungshofes Niedersachsen, in dem der Stadt Schortens laut einem Bericht im Jeverschen Wochenblatt Trickserieien bei der Klassengröße unterstellt werden.

Er fragt nach, ob dieses zutrifft und wenn ja, welcher materielle Schaden dadurch entstanden ist.

Ferner bittet er um Mitteilung, ob die Stadt gegebenenfalls mit Regressansprüchen rechnen muss oder ob Lehrerstellen gestrichen werden.

BM Böhling antwortet, dass keine Trickserieien vorliegen. Er weist darauf hin, dass die Stadt im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vorgegangen ist. Die Klassengrößen sind seines Erachtens im Vergleich in Schortens relativ klein. Der Durchschnitt liegt bei 20 Schülern, die Teilungsgrenze liegt bei 28 Schülern, was nach Auffassung von BM Böhling der Unterrichtsqualität wesentlich zugute kommt. Sowohl der schulpolitische Sprecher der Mehrheitsfraktion im Landtag als auch der Innenminister haben vor kurzem bestätigt, dass die vom Landesrechnungshof genannte Meldung nicht richtig ist. Rechtlich ist alles einwandfrei bearbeitet worden, so dass auch keine Regressansprüche bestehen.

- 5.5. Herr Retsch weist auf eine Presseinformation hin, wonach die Auftragsvergabe der Corporate Identity durch die Kommunalaufsicht nicht beanstandet wurde.

Anschließend weist er auf eine Veröffentlichung im Jeverschen Wochenblatt hin, wonach ein Mitglied dieses Rates erneut die Kommunalaufsicht wegen doppelter Vergabe in Höhe von 7.000,00 bis 8.000,00 € angerufen hat, was fast die Hälfte des Gesamtauftrages wäre. Herr Retsch fragt nach, ob der Verwaltung zu der Frage des Ratsmitgliedes seitens der Kommunalaufsicht eine Entscheidung vorliegt.

BM Böhling antwortet, dass er die Anfrage des Ratsmitgliedes, die an ihn gerichtet war, direkt beantwortet hat und alle Ratsmitglieder eine Durchschrift der Antwort erhalten haben. Er hat darauf verzichtet, dieses Schreiben der Presse noch einmal zuzuleiten. Er erklärt, dass ihm nicht bekannt ist, dass eine erneute Anfrage gestellt wurde. Auch von der Kommunalaufsicht liegt ihm keine entsprechende Mitteilung und Anforderung einer Stellungnahme vor.

Abschließend teilt BM Böhling mit, dass vor Auftragsvergabe eine Überprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt erfolgt ist, die keine Beanstandungen ergeben hat.

- 5.6. Herr Diehl, ein Mitunterzeichner der Unterschriftenliste hinsichtlich der Verordnung der Stadt Schortens über das Mitführen von Hunden in der Öffentlichkeit, erklärt, dass ein angeleinter Hund aggressiv wird. Daher sollten weitere Flächen ausgewiesen werden, auf denen Hunde frei

laufen dürfen und sich austoben können.

RV Ratzel erklärt, dass in der heutigen Sitzung keine abschließende Lösung gefunden werden kann. Zum üblichen Bearbeitungsablauf teilt RV Ratzel mit, dass dieses Thema zunächst in einem Gespräch zwischen den Unterzeichnenden und der Verwaltung zu erörtern sein wird und anschließend eine erneute öffentliche Beratung in den Gremien erfolgt, in der gegebenenfalls darüber zu entscheiden ist, ob die Verordnung geändert wird oder in der jetzigen Fassung bestehen bleibt. Er bedankt sich bei Herrn Diehl für den Hinweis.

6. Bericht des Bürgermeisters

6.1. Arvato

In der letzten Woche wurde bekannt, dass die Stadt Wilhelmshaven dem Unternehmen Arvato über eine Leasinggesellschaft ein Grundstück in Wilhelmshaven zu äußerst günstigen Konditionen anbietet und für den Fall eines Auszugs des Unternehmens nach 10 Jahren einen Rückkauf des dann bebauten Grundstücks vornehmen will. Die Rede ist von einem Rückkaufbetrag bzw. einer Bürgschaft in Höhe von 5 Mio. Euro.

Die DIBAG als Grundstückseigentümerin im Technologie Centrum Nordwest hat Arvato ein Angebot zu marktgerechten Konditionen unterbreitet und wird auch weiterhin gemeinsam mit dem Landkreis und der Stadt Schortens intensive Überlegungen anstellen, um Arvato als größten Arbeitgeber in Friesland und Ankermieter im TCN zu halten.

BM Böhling hat bereits in der letzten Woche die Frage aufgeworfen, wozu überhaupt eine gemeinsame Wirtschaftsförderungs GmbH ins Leben gerufen wurde, wenn diese durchaus sinnvolle Kooperation in der Praxis gar nicht gelebt wird.

Konkurrenz unter den Kommunen ist grundsätzlich zu begrüßen, spornt sie doch die jeweiligen Städte und Gemeinden an, noch besser zu werden. Auch gegen den Umzug von kleineren Unternehmen in die jeweilige Nachbargemeinde und umgekehrt ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Das Ganze findet aber seine Grenze eindeutig dort, wo Steuergelder in Millionenhöhe dazu genutzt werden, um einem nur wenige Kilometer entfernten Unternehmen eine Ansiedlung im eigenen Stadtgebiet, in diesem Fall in Wilhelmshaven, schmackhaft zu machen.

6.2. Eröffnung Ferienpass Schortens-Jever/Ferienbetreuung

Heute Nachmittag fand im Jugendzentrum Pferdestall die Eröffnung des Ferienpasses 2009 gemeinsam mit der Stadt Jever statt.

In diesem Jahr sind 230 Veranstaltungen geplant. Das ist eine Steigerung um 30 gegenüber dem Vorjahr. Auch das Angebot für Kinder mit Behinderungen erfreut sich steigender Beliebtheit. 74 von den genannten 230 Veranstaltungen sind auch für Kinder mit Behinderungen gut geeignet.

In diesem Jahr findet zum dritten Mal die Ferienbetreuung für Kinder im Jugendheim am Klosterpark und im Jugendzentrum Pferdestall statt. Auch dieses Angebot erfreut sich steigender Beliebtheit.

Für den Feriengarten im Jugendheim liegen bislang Anmeldungen für 26 Kinder und für die Betreuung älterer Kinder im Jugendzentrum von 28 Kindern vor.

6.3. Überlegungen Ganztagsgrundschulen

Vor kurzem fand ein Gespräch zwischen den Schulleiter/-innen unserer sieben städtischen Grundschulen im Beisein des Schulaufsichtsamtes zum Thema „Einrichtung von Ganztagsgrundschulen“ in der Stadt Schortens statt.

Hierzu haben einige Grundschulen bereits grundsätzliches Interesse angemeldet. Im Ergebnis wurde festgehalten, dass im August, also nach den Sommerferien, ein Informationsabend für die interessierte Öffentlichkeit stattfinden wird, um dann anschließend in Absprache mit den Schulen und Eltern Vorschläge für unsere Ratsgremien zu entwickeln.

BM Böhling ist der Auffassung, dass mit der Einrichtung von Ganztagsgrundschulen eine Bedarfslücke in unserer Stadt gefüllt werden könnte. Letztlich ist von entscheidender Bedeutung das Interesse der jeweiligen Schulen und der Eltern und die abschließende Genehmigung durch die Landesregierung. Außerdem müssen wir die Einrichtung eines entsprechenden Angebotes auch aus Sicht unserer finanziellen Möglichkeiten betrachten.

6.4. Verlagerung der Postdienstleistungen

Die Deutsche Post AG hat mitgeteilt, dass diese beabsichtigt, im IV. Quartal 2009 die Postfiliale in der Weserstraße zu schließen. Alle Aufgaben, die dort wahrgenommen wurden, sollen dann von einer Postpartner-Filiale übernommen werden.

Im Verwaltungsausschuss wurde über die Thematik beraten und man ist zu dem Schluss gekommen, dass bei gleichem Dienstleistungsumfang die Wahrnehmung der Aufgaben durch eine Postpartner-Filiale – in der Regel ist das ein Geschäft mit erweiterten Öffnungszeiten – keine Einwände bestehen. Bislang ist ein entsprechender Partner von der Deutschen Post AG noch nicht gefunden worden. Der Stadt Schortens wurde schriftlich zugesichert, dass für den Fall, dass bis Ende dieses Jahres kein adäquater Partner zum Betrieb dieser Postpartner-Filiale gefunden worden ist, die Dienstleistungen weiterhin von der Post im Postgebäude wahrgenommen werden.

Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen ihren Arbeitsplatz behalten. Vor diesem Hintergrund wurde im Verwaltungsausschuss beschlossen, keine Einwände zu erheben, zumal sehr gute Erfahrungen mit der Postpartner-Filiale im Supermarkt in Grafschaft gesammelt wurden.

6.5. Erweiterung Öffnungszeiten Tourist-Info im Haus Stadtmarketing, Rheinstr. 2

Gestern hat der Verwaltungsausschuss beschlossen, die Öffnungszeiten für die Tourist-Information im Stadtmarketingbüro während der Sommerferien in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen jeweils von montags bis freitags auf 09:00 – 13:00 Uhr und 14:30 bis 17:00 Uhr sowie samstags von 09:00 bis 12:00 Uhr festzulegen. Während des Jever-Fun-Laufs am 15.08.2009 ist das Büro auch nachmittags besetzt.

Damit ist das Büro in diesem Zeitraum zusätzlich am Freitagnachmittag und Samstagvormittag geöffnet.

Das Stadtmarketing arbeitet daneben derzeit intensiv an den vorbereitenden Arbeiten zur Antragstellung als staatlich anerkannter Erholungsort. Entsprechende vorbereitende Untersuchungen werden derzeit durchgeführt und erste Gespräche mit der Regierungsvertretung in Oldenburg sind erfolgt.

Außerdem findet erstmals am Sonntag, 26. Juli 2009, ein Familienfest im Klosterpark unter dem Motto „Kleines Fest im großen Garten“ statt.

6.6. Zahnärztliche Versorgung für Middelsfähr/Roffhausen

Die zahnärztliche Versorgung für die Ortsteile Middelsfähr und Roffhausen sollte aufgrund von Bestimmungen der kassenzahnärztlichen Vereinigung Hannover reduziert werden. Dagegen haben sowohl der Bürgerverein als auch die Stadt Schortens interveniert mit dem Ergebnis, dass die zahnärztliche Versorgung für Middelsfähr und Roffhausen auch künftig in vollem Umfang gewährleistet ist.

6.7. Kramermarkt

Der 57. Kramermarkt der Stadt Schortens steht vor der Tür. Die Eröffnung findet am kommenden Freitag um 16:00 Uhr auf der Festwiese statt. Auch in diesem Jahr wird zur Eröffnung alkoholfreies „Jever Fun“ ausgeschrieben. Insgesamt sind 90 Fahrgeschäfte und Stände aufgebaut.

6.8. Tempo 30 in Höhe der Grundschule am Klosterweg

Nach entsprechender Beratung im Fachausschuss hat der Verwaltungsausschuss die Einrichtung eines Tempo 30-Bereiches in Höhe der Grundschule und der Kindertagesstätte Oestringfelde am Klosterweg beschlossen. Die Einrichtung wird demnächst erfolgen. Darüber hinaus hat die Verwaltung den Auftrag erhalten, eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h im Mühlenweg in Höhe des Gymnasiums zu prüfen.

6.9. Baumaßnahmen:

Zu den Baumaßnahmen ist Folgendes zu berichten:

- Sanierung Erfurter Straße
Die Maßnahme ist bis auf Restarbeiten fertig gestellt.

- JadeWeserPark:
Die Erschließungsarbeiten für den 1. Bauabschnitt laufen termingerecht. Zurzeit werden die Vorbelastungsdämme der Verkehrsflächen abgetragen, zum Teil zwischengelagert oder in noch zu belastende Flächen umtransportiert. Im Anschluss erfolgt die Befestigung der Baustraßen, die Verlegung der Kanalisation sowie die inzwischen koordinierten Leitungsverlegungen der Versorgungsträger und der Ausbau des Kreisverkehrs.
- Sanierung Glatzer Straße (Teilstück der Kanalisation):
Mit der Ausführung der Maßnahme wurde begonnen.
- Sanierung des Marienholzer Weges (Teilstück)
Mit der Ausführung der Maßnahme wurde begonnen.
- Sanierung Mühlenweg:
Der Auftrag ist erteilt. Die Durchführung der Maßnahme ist demnächst vorgesehen. Dabei wird sichergestellt, dass der am 15.08.2009 stattfindende Jever-Fun-Lauf nicht beeinträchtigt wird. In 2009 wird zunächst die Asphaltdecke erneuert. Für 2010 ist die Erneuerung des südlichen Geh- und Radweges vorgesehen.
- Kostenbeteiligung Asphaltdeckensanierung Schooster Straße:
Maßnahme der Straßenbauverwaltung Niedersachsen. Kostenbeteiligung aus Unterhaltungsmitteln in Höhe von ca. 43.000,- €.

7. Umbesetzung der Ratsausschüsse und sonstigen Gremien

SV-Nr. 06//0535

Aufgrund des Schreibens der CDU-Fraktion vom 13. 05. 2009 sowie der UWG-Fraktion/Gruppe FDP-UWG-FdU vom 12. 06. 2009 und des Schreibens der SPD-Fraktion vom 23. 06. 2009 werden die Ausschüsse bzw. Sitze in den Gremien mit folgenden Änderungen neu besetzt und vom Rat so festgestellt:

Ausschuss für Sport, Kultur und Tourismus:

bisheriges Mitglied: Axel Homfeldt	künftiges Mitglied: Wolfgang Ottens
bisheriges stv. Mitglied: Doris Wolken	künftiges stv. Mitglied: Jörg Limberg
bisheriges Mitglied: Jörg Limberg	künftiges Mitglied: Thomas Labeschautzki

Finanz- und Wirtschaftsausschuss:

bisheriges Mitglied: Wolfgang Ottens	künftiges Mitglied: Axel Homfeldt
bisheriges Mitglied: Dieter Köhn	künftiges Mitglied: Jörg Limberg
bisheriges stv. Mitglied: Doris Wolken	künftiges stv. Mitglied: Dieter Köhn
bisheriges Mitglied: Jörg Limberg	künftiges Mitglied: Susanne Riemer
bisheriges stv. Mitglied: Susanne Riemer	künftiges stv. Mitglied: Thomas Labeschautzki

Bau-und Umweltausschuss:

bisheriges stv. Mitglied: Jörg Limberg	künftiges stv. Mitglied: Michael Fischer
---	---

Forsthaus Upjever GmbH:

bisheriges stv. Mitglied: Jörg Limberg	künftiges stv. Mitglied: Michael Fischer
---	---

Gaudium Frisia e. V.:

bisheriges stv. Mitglied: Jörg Limberg	künftiges stv. Mitglied: Karl-Heinz Groenhagen
---	---

8. Vorlage des Planungsausschusses vom 13. 05. 09

8.1. Verlängerung der Geltungsdauer von Veränderungssperren
SV-Nr. 06//0484

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Zur Sicherung der Planungsabsichten für die Neufassungen der Bebauungspläne Nr. 70 „Menkestraße“, Nr. 70/I „Menkestraße/Nord“ und Nr. 38 „Oldenburger Straße“ wird die Geltungsdauer der Veränderungssperren Nr. 001/2007, Nr. 002/2007 und Nr. 003/2007 gemäß § 17 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) um ein Jahr - bis zum 31.07.2010 - gemäß dem der Sitzungsvorlage beigefügten Satzungs-Entwurfstext verlängert.

Dem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

9. Vorlage des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 27. 05. 09

9.1. 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan 2009
SV-Nr. 06//0525

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte 1. Nachtragshaushaltssatzung sowie der 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltjahr 2009 werden unter Berücksichtigung des Antrages der SPD-Fraktion beschlossen.

VA Schulte erläutert die Sitzungsvorlage und weist darauf hin, dass die 1. Nachtragshaushaltssatzung aufgrund des Konjunkturpaketes erstellt wurde.

RM Freygang teilt mit, dass die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Auffassung sind, dass es dringend notwendig ist, die Aufträge, die aufgrund des Konjunkturprogrammes erteilt werden sollen, möglichst zeitnah vergeben zu können. Ergänzend führt er aus, dass das Konjunkturprogramm II in den Jahren 2009 und 2010 umzusetzen ist. Seines Erachtens ist es zu befürchten, dass den Firmen in der Baubranche die Aufträge demnächst fehlen werden. Bevor die Aufträge wegbrechen, kann die Stadt Schortens die heimischen Unternehmen im Rahmen des Konjunkturpaketes mit Aufträgen ergänzend unterstützen.

RM Eggerichs erklärt, dass sich die Zahlen im 1. Nachtrag auf das Konjunkturpaket beziehen. Die möglichen Auswirkungen der Wirtschafts- bzw. Finanzkrise finden noch keine Berücksichtigung. Aus diesem Grund, aber auch weil alle Maßnahmen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen in den Vermögenshaushalt eingestellt werden müssen, bleibt der Verwaltungshaushalt ausgeglichen. Wie sich die finanzielle Lage zukünftig entwickelt ist offen. Weiter führt er aus, dass in der letzten Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses Einigkeit bestand, über die allgemeine finanzielle Situation in der Fachausschusssitzung im August zu beraten und falls es erforderlich wird, Ende August eine Ratssitzung durchzuführen, um möglicherweise einen 2. Nachtrag zu beschließen.

Auf Nachfrage von RM Eggerichs, ob es Nachrichten aus Hannover hinsichtlich der Schlüsselzuweisungen ab 2010 gibt, antwortet VA Schulte, dass bisher mitgeteilt wurde, wie sich die Ausgleichsmasse insgesamt verringern wird, und zwar für 2009 um 199,5 Mio. und für 2010 um 403 Mio. Euro. Diese Verringerungen werden insgesamt für den Finanzausgleich 2010 wirksam. Das Verhältnis zu den Steuerkraftzahlen, die noch nicht abschließend feststehen, wird noch ermittelt. Genauere Prognosen werden in der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses im August bekannt gegeben.

RM Just erklärt, dass die BfB-Fraktion den Haushalt 2009 im Februar abgelehnt hat, weil mittelfristig eine viel zu hohe Verschuldung vorgesehen ist.

Die BfB-Fraktion wird auch den 1. Nachtragshaushalt ablehnen. Die Begründung der BfB-Fraktion zur Ablehnung des Haushaltes hat sich seines Erachtens inzwischen durch eine Mitteilung der Kommunalaufsicht bestätigt, die in ihrem Bericht darauf hingewiesen hat, dass die Nettoneuverschuldung zu hoch ist und zu wenig über die Verschiebung und Streckung von Maßnahmen nachgedacht worden ist.

Da bisher keine Änderungen vorgenommen wurden, lehnt die BfB-Fraktion den Nachtrag ab.

RM Freygang weist Bezug nehmend auf die Ausführungen von RM Just darauf hin, dass heute nicht der Grundhaushalt, sondern der Nachtragshaushalt, der aufgrund des Konjunkturpaketes erstellt wurde, beraten und beschlossen werden soll.

Ergänzend zu dem Redebeitrag von RM Eggerichs führt RM Freygang aus, dass bei einer Verschlechterung der Grunddaten im Rahmen der Einnahmen- und Steuersituation die Verabschiedung eines 2. Nachtragshaushaltes eventuell erforderlich wird. Ferner teilt er mit, dass im Finanz- und Wirtschaftsausschuss festgelegt wurde, nach der Sommerpause verstärkt über die mittelfristige Finanzplanung bis 2012/2013 zu beraten.

RM Schauderna teilt für die Gruppe BÜNDNIS 90/DIE Grünen-Linksbündnis mit, dass diese die Verabschiedung der 1. Nachtragshaushaltssatzung, die Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes beinhaltet, voll und ganz unterstützt.

Der vorstehende Vorschlag wird mehrheitlich beschlossen.

10. Vorlage des Bau- und Umweltausschusses vom 14. 05. 09

10.1. Ausweisung eines geschützten Landschaftsbestandteils in Accum
SV-Nr. 06//0513

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die vorliegenden Stellungnahmen werden im Wortlaut der Ziffern 1 bis 3.10 der Anlage zur Sitzungsvorlage und unter Berücksichtigung des Beratungsergebnisses beschlossen.

Die der Sitzungsvorlage im Original beigefügte Satzung zur Ausweisung des geschützten Landschaftsbestandteils in Accum unter der Bezeichnung GLB FRI 27 wird beschlossen

Dem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

11. Anfragen und Anregungen:

11.1. RM Freygang sieht es als wünschenswert an, das Thema "Arvato" weiterhin öffentlichkeitswirksam zu verfolgen.

Er erinnert daran, dass nach der Schließung der Olympiawerke an diesem Standort mit großer Anstrengung und finanzieller Unterstützung der Kommunen und EU-Mitteln eine große Anzahl von Arbeitsplätzen geschaffen wurde.

Seines Erachtens kann es nicht sein, dass die Firma Arvato als größte Arbeitgeberin in Friesland von der Stadt Wilhelmshaven abgeworben wird.

Weiter führt er aus, dass gegen eine Ansiedlung neuer Unternehmen in Wilhelmshaven nichts einzuwenden wäre, zumal die umliegenden Kommunen sich als einen Wirtschaftsraum verstehen, was die vor wenigen Monaten gegründete Wirtschaftsförderungs GmbH zeigt.

Die Anregung wird von den Ratsmitgliedern zustimmend zur Kenntnis genommen.

- 11.2. RM Schüder bezieht sich auf die Antwort von BM Böhling auf die Anfrage von Herrn Steudte hinsichtlich der nicht notwendigen öffentlichen Beratung zur Vorbereitung der Neufassung des Flächennutzungsplanes.

Sie weist darauf hin, dass im Februar 2008 öffentlich getagt wurde. In dieser Beratung wurden Gebiete angesprochen, die auch Bauland werden könnten. In nichtöffentlicher Sitzung wurde dann über das Gebiet zwischen alter und neuer B 210 gesprochen. Ihres Erachtens kann die erfolgte nichtöffentliche Beratung nicht damit begründet werden, ein Anziehen der Preise verhindern zu wollen. Ihrer Meinung nach hätte dann überhaupt nicht öffentlich getagt werden dürfen. Sie fragt nach, warum das Gebiet Feldhausen in der öffentlichen Beratung ausgeklammert wurde.

BM Böhling antwortet, dass sich der Rat gemäß den Vorschriften der Niedersächsischen Gemeindeordnung zunächst ohne Öffentlichkeit beraten kann, was sich auch mit den Bestimmungen des Baugesetzbuches deckt. Dies dient dazu, dass der Rat sich in einigen Angelegenheiten zunächst ohne Beeinflussung der Öffentlichkeit eine Meinung bilden kann. Damit soll nicht ausgeschlossen werden, dass zu gegebener Zeit eine öffentliche Beratung hierzu stattfindet, die ja auch erfolgt ist.

- 11.3. Anfrage der BfB-Wählergruppe betr. HFC-Wunschidee eines 5,5 Mio. teuren Umzugs an die Schooster Straße

RM Just erläutert die Anfragen der BfB-Wählergruppe.

BM Böhling teilt mit, dass zu diesem Themenkomplex zu vielerlei Fragen, das gilt auch für die heute gestellten Fragen von Herrn Just, abschließende Antworten noch nicht erteilt werden können, da noch in erheblichem Umfang Untersuchungen durchzuführen sind. Diese sollen in den nächsten Wochen vorgenommen werden. Ziel sollte es sein, bis zum Ende dieses Jahres in den Gremien des Rates der Stadt eine abschließende Entscheidung in dieser Angelegenheit zu treffen. Das gleiche gilt für die Sanierungswünsche vom TuS Sillenstede und Schwarz-Weiß Middelsfähr-Mariensiel.

Die von der BfB-Wählergruppe gestellten Fragen beantwortet er wie folgt:

zu 1. Inwieweit ist der Plan für dieses Wunschobjekt in Zusammenarbeit mit der Stadt Schortens entworfen worden?

Aufgrund des Antrages der damaligen Mehrheitsgruppe (CDU/ BfB/ FDP/ UWG) vom 20. 07. 2007 hat der Ausschuss für Sport, Kultur u. Tourismus am 06. 09. 2007 die Verwaltung zu weiteren Prüfungen beauftragt und eine Bereisung beschlossen, die im November 2007 durchgeführt wurde.

Danach stand fest, dass der Standort am Klosterweg für eine Neuerrichtung nicht in Frage kommt, sondern möglicherweise die vereinseigene Anlage in Schoost. Ein HFC-Mitglied hat am 01. 12. 2007 eine Planung unverbindlich auf eigene Faust in Absprache mit dem Verein erstellt. Unabhängig davon hat auch der FB Bauen eine Planung und grobe Kostenschätzung erstellt. Da die Pläne und Kosten beider Planer differierten, hat der VA am 18. 03. bzw. 15. 05. 2008 beschlossen, ein Fachplanungsbüro, die Fa. Pätzold & Snowadsky aus Osnabrück, damit zu beauftragen. Deren Planung wurde auch darauffolgend im ASKT am 27. 08. 2008 vorgestellt.

zu 2. Mit welchem Verkaufserlös wäre laut Bodenrichtwertkarte im Bereich Klosterpark etwa zu rechnen?

Die Bodenrichtwertkarte weist im Bereich der jetzigen Sportanlage Klosterpark keinen Richtwert aus, da es sich danach um landwirtschaftliche Fläche handelt. Der dem zugrunde liegende Preis von ca. 1,00 €/m² kann natürlich nicht Grundlage für mögliche Verkaufsverhandlungen sein. Den gegebenenfalls möglichen, letztlich zu zahlenden Grundstückspreis wird der Rat der Stadt Schortens festlegen, der auch einem möglichen späteren Verkauf dieser Flächen zustimmen müsste.

zu 3. Mit Erschließungskosten in welcher Höhe, die vom Bodenrichtwert abzuziehen sind, wäre etwa zu rechnen?

Über die Höhe der Erschließungskosten kann derzeit noch keine Aussage getroffen werden, da im Rahmen der noch zu erstellenden Konzeption je nach dem möglichen künftigen Zweck die Erschließungskosten noch zu errechnen wären.

zu 4. Warum hat die Verwaltung im März 2009 bereits Abstand davon genommen, für einen Umzug an die Schooster Straße Fördermittel überhaupt nur zu beantragen?

Im Rahmen des Konjunkturpaketes waren nur Sanierungsmaßnahmen, vorrangig für Sporthallen, überhaupt förderfähig und konnten somit als Grundlage für die Antragstellung berücksichtigt werden. Aufgrund dieser Grundlagen wurde für einen möglichen Umzug und damit Neubau ein Antrag im Rahmen des Konjunkturpaketes gar nicht erst gestellt.

zu 5. Hat die Verwaltung den HFC davon in Kenntnis gesetzt, dass Fördermittel seitens der Stadt nur für eine Sanierungs- und Erweiterungsvariante am Klosterpark selbst beantragt worden sind?

BM Böhling bejaht diese Frage.

zu 6. Was bedeutet der Verzicht auf Fördermittel aus Sicht der Stadt für die Realisierungsmöglichkeit eines 5,5 Mio. Euro teuren Umzugs an die Schooster Straße?

Ob der Umzug tatsächlich 5,5 Mio. Euro kosten wird, bedarf einer näheren Untersuchung. Dazu gehört auch die Prüfung, ob Fördermittel aus anderen Bereichen möglich sind. Am Ende der durchzuführenden Untersuchungen steht eine Konzeption, in der alle Varianten abschließend untersucht worden sind. Diese werden den Gremien des Rates dann zur Beratung und Entscheidung vorgelegt.

Ergänzend fragt RM Just nach der Höhe des Bodenrichtwertes im umliegenden Bereich „Am Klosterpark/Klosterweg“. Weiter führt er aus, dass es ihm klar sei, dass die genaue Höhe der Erschließungskosten heute nicht konkret genannt werden kann, jedoch erwartet er eine Angabe zur Größenordnung bzw. Spanne.

BM Böhling antwortet, dass der Bodenrichtwert in dem umliegenden Bereich 65,00 €/m² beträgt. Zu Fragen hinsichtlich der Erschließungskosten teilt BM Böhling mit, dass diese im Rahmen des Gesamtkonzeptes dieser Maßnahme zu errechnen sind und eine Antwort in der heutigen Sitzung nicht möglich ist.

RV Ratzel weist RM Just auf den § 10 der Geschäftsordnung des Rates hin, in dem zwischen zwei Anfragen unterschieden wird, und erläutert diesen.

Abschließend teilt BM Böhling mit, dass eine Kostenangabe zu den Erschließungskosten erst dann gegeben werden kann, wenn der Umfang der Maßnahme endgültig festgelegt wurde.

11.4. Anfrage der BfB-Wählergruppe zum BVerwG-Urteil zum "Kampf ums Altpapier" vom 22.06.2009

RM Just erläutert die Anfrage der BfB-Fraktion.

RV Ratzel verweist auf den § 10 (3) der Geschäftsordnung des Rates, wonach Anfragen spätestens 3 Tage vor der Ratssitzung schriftlich dem Ratsvorsitzenden oder dem Bürgermeister vorzulegen sind. Diese Anfrage wurde erst am 22.06.2009 eingereicht, so dass die Frist nicht eingehalten wurde. Die Anfrage wird daher in der nächsten Ratssitzung beantwortet.